

P R O T O K O L L  
der 340. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 23. August 2011
Zeit	19.30 - 20.30 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Treier Hannes
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Corti Andrea, Damke Andreas, Eber Béla, Elsinger Florian, Fankhauser Suzanne, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Grütter Urs, Häusermann Martin, Huber Manuel, Humm Martin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Marti Beat, Näf-Piera Virtudes, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Stettler Jürg, Wakil Ramina, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
StimmzählerIn	Aebersold Jürg, Fankhauser Suzanne
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Friedli Rolf, Gautschi Stefan
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

---

Geschäfte 15

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 24. Mai 2011	411
2	Vormundschafts- und Sozialkommission; Ersatzwahl	411
2 A	Umweltschutzkommission; Ersatzwahl	411
3	Sitzungstermine 2012	412
4	Schulanlage Seidenberg; Ersatz der Fenster und Storen im Oberstufentrakt; Kreditabrechnung	412
5	Schulanlage Moos; Brandschutztechnische Sanierung mit betrieblichen Ergänzungen; Kreditabrechnung	412
6	Motion SP-Fraktion betr. Sanierung des Verwaltungsgebäudes; Zwischenbericht	413
7	Motion Wegmüller (SP) betr. Steigerung der Qualität im Bauwesen und von Planungsprojekten	413
8	Motion Wegmüller (SP) betr. Schaffung einer Ombudsstelle	414
9	a) Überparteiliche Motion: Linie 6 bis zum HB Bern! b) Einfache Anfrage der FDP/jf-Fraktion betr. - Dringliche Motion Fraktion SVPplus (Rudolf Friedli, SVP, Motion 11.000051 (11/025), Reg. 86/-00): "BERNMOBIL ist zu veranlassen, dass das blaue "Bähnli" nur noch bis zum Casinoplatz fährt" und betr. - Dringliche Motion Grossrat Thomas Fuchs (SVP), Bern: "Bernmobil ist anzuweisen, dass das Blaue Bähnli nur noch bis zum Casinoplatz fährt oder maximal bis zum Hauptbahnhof und dort wendet."	416
10	Postulat Brügger (SP) betr. Glasfasernetz in der Gemeinde Muri	417
11	Interpellation Brügger (SP) betr. Glasfasernetz in der Gemeinde Muri	419
12	Informationen des Gemeinderats	419
13	Neue parlamentarische Vorstösse	420
13 A	Dringliche Motion Manz (SP) betreffend Sanierungsbedarf der Gemeindegemeinschaften im Hinblick auf Budget und Finanzplan	424

Der Vorsitzende eröffnet die 340. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 38 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats sowie die Vertreterin der Presse.

## Mitteilungen

Der Vorsitzende erklärt vorab, er gehe davon aus, dass alle Ratsmitglieder die am 2. August 2011 versandte und mit dem Traktandum 2 A *Umweltschutzkommission; Ersatzwahl* ergänzte Traktandenliste erhalten hätten. Er könne zudem mitteilen, dass die provisorisch festgelegte Sitzung vom 13. Dezember 2011 im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision nicht stattfinden und ebenfalls die Sitzung vom 20. September 2011 ausfallen werde.

### Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

#### 1 **Protokoll der Sitzung vom 24. Mai 2011**

##### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

#### 2 **Vormundschafts- und Sozialkommission; Ersatzwahl**

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 30. Juni 2011 zurückgetretene Esther Jordi-Marti schlage die FDP.Die Liberalen Bettina Legler, Waldriedstrasse 48, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

##### Beschluss

Bettina Legler wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Vormundschafts- und Sozialkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert Bettina Legler zur Wahl und wünscht ihr viel Freude und Befriedigung bei der Kommissionsarbeit.

#### 2 A **Umweltschutzkommission; Ersatzwahl**

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 30. Juni 2011 zurückgetretene Marianne Thuner-Roth schlage die Sozialdemokratische Partei Samuel Vogel, Parkweg 7, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

##### Beschluss

Samuel Vogel wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Umweltschutzkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert Samuel Vogel zur Wahl und wünscht ihm viel Freude und Befriedigung bei der Kommissionsarbeit.

### **3 Sitzungstermine 2012**

Es erfolgen keine Wortmeldungen aus dem Rat.

Beschluss (einstimmig)

Die Sitzungen werden wie folgt festgelegt:

Dienstag, 19.30 Uhr

24. Januar	19. Juni
21. Februar	21. August
20. März	18. September
24. April	23. Oktober
22. Mai	20. November

### **4 Schulanlage Seidenberg; Ersatz der Fenster und Storen im Oberstufentrakt; Kreditabrechnung**

Jsabelle Gossweiler führt aus, als Sprecherin der GPK nehme sie kurz Stellung zu den Geschäften 4 und 5. Die GPK habe bei der Prüfung der Kreditabrechnungen beider Geschäfte mit Freuden eine beträchtliche Kreditunterschreitung, beim Geschäft Nr. 4 von knapp CHF 200'000.00 und beim Geschäft Nr. 5 von rund CHF 400'000.00, feststellen können. Der optimale Bauablauf sowie die Realisierung der Projekte in nur einer Bauetappe – statt wie vorgesehen in zwei – hätten sicherlich dazu beigetragen, diese Kosten zu vermeiden. Die GPK empfehle dem Rat die Annahme der beiden Geschäfte.

Roland Meyer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Kreditabrechnung für den Ersatz der Fenster und Storen im Oberstufentrakt der Schulanlage Seidenberg wird genehmigt. Bei einem bewilligten Kredit von CHF 765'000.00 schliesst diese mit Kosten von CHF 568'995.45 (Kreditunterschreitung von CHF 196'004.55) ab.

### **5 Schulanlage Moos; Brandschutztechnische Sanierung mit betrieblichen Ergänzungen; Kreditabrechnung**

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe sich via ihre Sprecherin, Jsabelle Gossweiler, bereits zu diesem Geschäft geäußert.

Roland Meyer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Kreditabrechnung für die brandschutztechnische Sanierung der Schulanlage Moos mit betrieblichen Ergänzungen wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit von CHF 2'100'000.00 mit Kosten von CHF 1'681'867.64 (Kreditunterschreitung von CHF 418'132.36) ab.

**6 Motion SP-Fraktion betr. Sanierung des Verwaltungsgebäudes; Zwischenbericht**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Roland Meyer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Ramina Wakil (SP) führt aus, dass zur Motion folgende ausführliche Antworten fehlen würden: Im Zwischenbericht seien keine Auskünfte zu den räumlichen Reorganisationen und zur Aussenraumgestaltung ersichtlich, wobei diese im Motionstext ausdrücklich verlangt worden seien. Zudem werde auch nicht darauf hingewiesen, welche Kriterien mit der energetischen Sanierung erfüllt werden könnten. Hinzu komme auch, dass das Zeitfenster der Module A bis D nicht klar aufgezeigt werde und ob die Massnahmen in einer Gesamtphase oder einzeln durchgeführt würden. Welches Vorgehen realisiert werde? Dies seien die offenen Fragen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion SP-Fraktion betr. Sanierung des Verwaltungsgebäudes wird Kenntnis genommen.

**7 Motion Wegmüller (SP) betr. Steigerung der Qualität im Bauwesen und von Planungsprojekten**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) erklärt vorab, er sei mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Er danke dem Gemeinderat, dass er – wie in der Motion erwähnt – vermehrt etwas zur Steigerung der Qualität im Bau- und Planungswesen beitragen wolle. Klar sei, dass es verschiedene Aspekte der Qualität gebe und vermutlich die meisten der Anwesenden den Qualitätsbegriff unterschiedlich verstehen und die Qualität persönlich beurteilen würden. Erfreulich sei, dass der Gemeinderat die Zeichen der Zeit erkannt habe und in den Massnahmenblättern zum Richtplan Raumentwicklung ein qualifiziertes Verfahren vorsehe. Nach seinem Dafürhalten sei es aber nicht ausreichend, wenn nur im neuen Baureglement die Förderung des qualifizierten Verfahrens erwähnt sei. Es wäre zum Beispiel sinnvoll, wenn der Gemeinderat einen allgemeinen Kriterienkatalog mit Zieldefinition zur Überprüfung der Qualitätssicherung erarbeiten würde. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass bei jedem Projekt die individuellen Qualitätsziele projektbezogen im Vordergrund stehen würden. Noch ein Wort zu den Überbauungsordnungen: In den meisten Fällen würden die Überbauungsordnungen nachträglich aufgrund eines bestimmten Projekts erstellt. Dies habe man auch bereits in unserer Gemeinde so erfahren. Es sei aber vermehrt notwendig, dass vor einem konkreten Projekt eine Überbauungsordnung erstellt werde, damit die Rahmenbedingungen und die Qualitätskriterien festgelegt

würden. Nur so sei eine echte Qualitätssicherung in Zukunft möglich. Er bitte den Rat, das Postulat zu überweisen.

Beat Schmitter führt aus, die FDP/jf-Fraktion danke dem Gemeinderat für die ausführliche Darlegung der Situation im Bereich der Qualität im Bauwesen. Sie nehme erfreut zur Kenntnis, dass das in der Gemeinde angewandte Qualitätsverfahren für Projekte der öffentlichen Hand in weiten Teilen den heutigen Standards entspreche. Aus liberaler Sicht sei sie jedoch nicht glücklich mit dem Versuch, auch bei privaten Bauvorhaben mehr und mehr regulierend einzugreifen und potenzielle Bauherren und Investoren in ihren gestalterischen Möglichkeiten einzuschränken und dadurch den Markt zu steuern. Wie der Gemeinderat in seiner Botschaft ausführe, geschehe es nur allzu oft, dass sich ein Bauprojekt zwar architektonisch und sozial wunderschön präsentiere, dass aber nach der Realisierung der Markt etwas ganz anderes verlangen würde. Die Fraktion sei mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden, beantrage aber, das Postulat anschliessend gleich abzuschreiben. So müssten sich der Gemeinderat, die Verwaltung und das Parlament in absehbarer Zeit nicht noch einmal mit einem Zwischen- und Schlussbericht zu einem an sich abgeschlossenen und sich auf guten Wegen befindenden Geschäft befassen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet auf ein Schlusswort.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er wersetze sich der Abschreibung. Er denke, es sei nicht notwendig, dass der Gemeinderat zu diesem Postulat immer wieder einen Zwischenbericht abgebe. Damit werde aber auch der Druck erhöht, dass in Zukunft die Qualitätssicherung gegeben sei. Er denke, im privaten Bauwesen sei eine relativ hohe Grosszügigkeit vorhanden und daher würde er auch befürworten, dass vorher Qualitätskriterien festgelegt würden, aufgrund derer man Objekte beurteilen könne. Er bitte den Rat, die Abschreibung nicht vorzunehmen.

#### Beschluss

1. Das Postulat Wegmüller (SP) betr. Steigerung der Qualität im Bauwesen und von Planungsprojekten wird überwiesen (einstimmig).
2. Der Rat spricht sich mit 21 gegen 16 Stimmen (1 Enthaltung) für die Abschreibung des Postulats aus.

### **8 Motion Wegmüller (SP) betr. Schaffung einer Ombudsstelle**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) führt aus, als er im letzten Jahr Parlamentspräsident gewesen sei, sei er in 5 ombudsähnlichen Fällen in der Gemeinde angegangen worden. Er habe bei diesen Situationen gemerkt, dass eine derartige Anlaufstelle in unserer Gemeinde fehle. Dies sei auch der Grund, weshalb er diese Motion eingereicht habe. Er habe die Leute vor allem einmal angehört und die Anliegen zu verstehen versucht. Im Weiteren habe er ihnen geraten, sich bei der zuständigen Stelle oder Person zu melden oder eine unabhängige Beratungsstelle zu kontaktieren. Er habe dann aber bald einmal festgestellt, dass es für eine wirkliche Ombudsfunktion eine gewisse offizielle Kompetenz und Legitimation brauche, zum Beispiel um Auskünfte einzuholen, Gespräche zu führen, evtl. sogar Akteneinsicht zu erhalten. Ein bürgerfreundliches Verhalten – wie vom Gemeinderat erwähnt – ersetze keine Ombudsstelle. Es sei

auch klar, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden müssten und für Entscheide der Behörde der Rechtsweg offen stehe. Oftmals gehe es bei Konflikten mit der Behörde oder mit der Verwaltung um Kommunikationsprobleme oder um Angelegenheiten auf persönlicher Ebene. In derartigen Fällen könne die Ombudsstelle eine wichtige Funktion übernehmen. Dass der Gemeindepräsident und die Gemeinderäte für Fragen und Anliegen zur Verfügung stehen würden, sei lobenswert, ersetze aber noch lange keine Ombudsstelle. Sie seien meistens mit den Geschäften involviert oder müssten die Verwaltung stützen. Im Weiteren würden auch nicht alle Bürgerinnen und Bürger einen unkomplizierten Zugang zu den Behörden finden.

Zu den erwähnten Kosten: Er sei überzeugt, dass eine Ombudsstelle in der Bilanz nicht teurer zu stehen komme.

1. Eine Ombudsstelle sei – wie in der Motion erwähnt – in einem Mandatsverhältnis möglich (wie z.B. in Rapperswil-Jona), oder es könne eine Zusammenarbeit mit der Stelle in der Stadt Bern vereinbart werden.
2. Wenn Verwaltung oder Behörde in einem Konflikt oder Streitfall involviert seien, müsse meistens ein Jurist beigezogen werden und diese seien bekanntlich auch nicht gerade billig. Wenn ein ernsthafter Konflikt durch die Vermittlung einer Ombudsstelle verhindert werden könne, habe sich der Aufwand schon gelohnt.

Da der Gemeinderat die Motion schon in ein Postulat umgewandelt und beantwortet habe, halte er an der Motion fest. Das Parlament solle entscheiden, ob in der Gemeinde Muri eine Ombudsstelle geschaffen werde. Zuletzt noch eine Bemerkung: Ihm sei klar, dass ein Konflikt wie der Kamata-Fall mit einer Ombudsstelle nicht hätte verhindert werden können. Er bitte den Rat, die Motion zu überweisen.

Urs Grütter (SVP) führt aus, der Rat habe vor einigen Jahren diverse Kompetenzen an die Regionalkonferenz abgegeben. Nun solle offenbar auch noch eine inoffizielle Kompetenz, die alle Ratsmitglieder hätten und die sie gegenüber der Bevölkerung auch noch ein wenig legitimiere, an irgendjemanden abgegeben werden, der im Gemeindebudget mit Lohnkosten von CHF 140'000.00 zu Buche schlagen würde. Was man wohl noch alles abgeben wolle, bis sich der Rat letztendlich ganz abschaffe? Eine Ombudsstelle bringe in unserer Gemeinde ausser Kosten gar nichts. Wenn ein Anliegen komme, welches politische Chancen habe, so werde jedes Ratsmitglied dieses noch so gern aufnehmen, um eine Motion oder ein Postulat einzureichen. Vielleicht ja wieder für eine Ombudsstelle, wenn dieses Anliegen mit grossem Widerhall seitens der Gemeindebevölkerung an den Rat herangetragen werde. Wenn es aber politisch keine Chancen habe, bringe eine Ombudsstelle nichts, höchstens ein "Gsturm". Es könne sich einfach jemand bei einer staatlich bezahlten Person ausschleimen, die staatlich bezahlte Person werde etwas trösten und dann passiere gar nichts. Um irgendetwas zu ändern bei Gesetzeswidrigkeiten oder rechtlichen Verfahren mache der Ombudsmann nicht mit oder es brauche eben politische Aktionen wie Reglementsänderungen etc. und das hätte auch jemand aus dem Rat angerissen, wenn das Anliegen eine Chance hätte. Er empfehle daher die Ablehnung der Motion, da Leerlauf.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, er wolle namens des Gemeinderats an dessen Antrag – Überweisung als Postulat und anschliessende Abschreibung – festhalten bzw. beantragen, da nun keine Umwandlung des Vorstosses vorliege, die Motion abzulehnen. Der Gemeinderat habe im Detail seine Argumente dargelegt. Es sei nicht sachgerecht, in Muri eine Ombudsstelle zu schaffen. Die Abklärungen hätten ergeben, dass es in der ganzen Schweiz in keiner anderen Gemeinde, welche annähernd in der Grössenordnung von Muri sei, eine Ombudsstelle gebe. Es könne wohl kaum sein, dass sich all diese Gemeinden, welche offenbar auch zum Schluss

gekommen seien, dass es in dieser Grössenordnung keine Ombudsstelle brauche, getäuscht hätten. In diesem Sinn beantrage er die Ablehnung der Motion.

Beat Wegmüller (SP) führt an die Adresse von Urs Grütter aus, wenn er die Motion richtig gelesen hätte, hätte er feststellen können, dass mit dem Vorstoss nicht die Schaffung einer Stelle zu einem Betrag von CHF 140'000.00 gefordert worden sei. Es gehe darum, dass jemand damit beauftragt werde. Er habe in der Motion ausdrücklich geschrieben und in seinem Votum ausgeführt, dass dies mit einem Mandatsverhältnis gemacht werden oder, dass man sich mit einer anderen Stelle in Verbindung setzen könnte. Bei einem vorliegenden Fall könnte dieser dann eben auch im Mandatsverhältnis bezahlt werden. Es sei eine massive Übertreibung, von einer Kostensteigerung von CHF 140'000.00 zu sprechen. Im Weiteren sei klar, dass eine Ombudsstelle nicht für die politischen Aspekte gedacht sei. Diese würden selbstverständlich im Rahmen des parlamentarischen Betriebs abgewickelt. Es gehe hier um Konflikte einzelner Bürger, welche diese vielleicht in einzelnen Fällen hätten, oder um Angelegenheiten auf persönlicher Ebene. Es gehe ganz klar nicht um politische Aktivitäten, sondern um die von ihm deutlich erwähnten Fälle. Im Übrigen seien die 5 Fälle während seinem Präsidentialjahr eben genau solche gewesen. Es habe sich nicht um politische Anliegen gehandelt, sondern um solche das Bauwesen, die Ausrichtung eines Beitrages etc. betreffend. Er bitte deshalb nach wie vor, der Überweisung der Motion zuzustimmen.

Beschluss (12 Ja / 26 Nein)

Die Überweisung der Motion Wegmüller (SP) betr. Schaffung einer Ombudsstelle wird abgelehnt.

9

**a) Überparteiliche Motion: Linie 6 bis zum HB Bern!**

**b) Einfache Anfrage der FDP/jf-Fraktion betr.**

- **Dringliche Motion Fraktion SVPplus (Rudolf Friedli, SVP, Motion 11.000051 (11/025), Reg. 86/-00):**  
"BERNMOBIL ist zu veranlassen, dass das blaue "Bähnli" nur noch bis zum Casinoplatz fährt" und betr.
- **Dringliche Motion Grossrat Thomas Fuchs (SVP), Bern:**  
"Bernmobil ist anzuweisen, dass das Blaue Bähnli nur noch bis zum Casinoplatz fährt oder maximal bis zum Hauptbahnhof und dort wendet."

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Markus Bärtschi (SVP) führt aus, fast alle hätten diese Motion unterschrieben und mit dem Vorstoss würden beim Gemeinderat offene Türen eingerannt. Dies sei aber nicht so wichtig. Es gehe eigentlich darum, dass etwas gehe. Die Antwort sei im Grunde unbestritten, gehe aber etwas am Problem vorbei, indem die Gefahr nicht rechtlich, sondern faktisch drohe. Die genau gleiche Antwort hätte auch vor dem ersten Versuch, die Durchmesserlinie zu öffnen, erteilt werden können; sie wäre auch damals richtig gewesen und genützt hätte sie trotzdem nichts. Lärm sei subjektiv und dummerweise komme in diesem Fall die Lärmquelle – optisch deutlich unterscheidbar – blau statt rot daher. Daher sei angesichts der Vorgeschichte auch nicht auszuschliessen, dass sich die Ereignisse wiederholen würden. Er wolle daher, unabhängig von der Behandlung dieses Vorstosses, den Gemeinderat einladen, sich im Schulterschluss mit den Worber Behörden etwas zu überlegen, wie die Wiedereröffnung der Durchmesserlinie irgendwie ins Publikumsinteresse zu heben wäre. Er könnte sich dabei eine Extrafahrt an den Bahnhof Bern vorstellen, um den Vertretern von



BernMobil den Dank der Vorortsgemeinden auszusprechen. Es sollte denjenigen eine Stimme gegeben werden, die als stille Nutzer und Benutzer dieser Linie profitieren und auf die Wiedereröffnung "plangen" würden, so dass nicht nur diejenigen gehört würden, die protestieren und sich auf die Geleise setzen würden. Es sei immer einfacher, etwas zu verhindern, als etwas in die Stadt hinein zu stossen.

Beschluss (einstimmig)

1. Die überparteiliche Motion: Linie 6 bis zum HB Bern! wird überwiesen.
2. Die Einfache Anfrage der FDP/jf-Fraktion betr.
  - Dringliche Motion Fraktion SVPplus (Rudolf Friedli, SVP, Motion 11.000051 (11/025), Reg. 86/00):  
"BERNMOBIL ist zu veranlassen, dass das blaue "Bähnli" nur noch bis zum Casinoplatz fährt und betr.
  - Dringliche Motion Grossrat Thomas Fuchs (SVP), Bern:  
"Bernmobil ist anzuweisen, dass das Blaue Bähnli nur noch bis zum Casinoplatz fährt oder maximal bis zum Hauptbahnhof und dort wendet."  
wird schriftlich beantwortet.

**10 Postulat Brügger (SP) betr. Glasfasernetz in der Gemeinde Muri**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er wolle einige weitere Erklärungen zu den Antworten zum Postulat, aber auch zur Interpellation (Traktandum 12) abgeben. Da es um das gleiche Thema gehe, erlaube er sich, gleichzeitig beide Vorstösse damit abzudecken. Dank den Einnahmen, vor allem aus den "Neuen Dienstleistungen" und dem (finanz-) optimierten Signaleinkauf für analoge und digitale Programme, hätten die Gemeindebetriebe bis Ende 2010 eine Eigenfinanzierung von rund CHF 3,4 Mio. im Telecombereich erwirtschaften können. Diese Einnahmen seien unter der Spezialfinanzierung verbucht. Die Grundgebühr bzw. die Anschlussgebühr pro Wohnung – nicht pro Anschluss-Dose oder Gerät – werde auch im nächsten Jahr und vermutlich bis auf Weiteres CHF 19.50 betragen, einschliesslich Mehrwertsteuer. Der Verwaltungsrat der gbm habe das Vorgehen und den zeitlichen Rahmen der Modernisierung des Kabelnetzes noch nicht definitiv festgelegt. Angedacht sei, das Netz in Tranchen von CHF 600'000.00 bis 800'000.00 pro Jahr quartierweise auszubauen. Dies bedeute, dass bei diesen jährlichen Zusatzinvestitionen in 5-6 Jahren die Eigenfinanzierung aufgebraucht wäre. Allerdings dürfe damit gerechnet werden, dass die gbm auch zukünftig aus dem Rechnungsergebnis Einlagen in die Spezialfinanzierung erwirtschaften könnten. Sollten sich die gbm auf Grund im Moment nicht abschätzbarer Kosten "verschulden" müssen – die ganze Anlage sei heute auf einen Franken abgeschrieben –, wäre wohl eine Fremdfinanzierung mit jährlicher Amortisation und Verzinsung vorzusehen. Er gehe davon, dass die Mittelbeschaffung heute auf dem Kapitalmarkt kein Problem sein würde. Obwohl die gbm mit ihrem technisch hervorragenden Kabelnetz in Bezug auf die Bandbreite der Swisscom Paroli bieten könnten, solle der Glasfaserausbau weiter vorangetrieben werden. Wenn überhaupt von einem Problem gesprochen werden könne, dann liege es an den Inhalten, sprich Teleclub (Fussball).

Yong Brügger (SP) erklärt, die SP-Fraktion sei einverstanden mit Punkt 1, Überweisung des Postulats, sie sei aber nicht einverstanden mit Punkt 2, Abschreibung des Postulats. Sie beantrage, das Postulat nicht abzuschreiben. Konkret heisse dies, wenn das Postulat nicht abgeschrieben werde, sei der Gemeinderat beauftragt, sich einzusetzen für:

1. den flächendeckenden Anschluss von KMU's und Privathaushalten innert 5 Jahren, statt der von den gbm vorgesehenen 10 Jahren und

2. diesen Plan im Internet zu veröffentlichen.

Der Gemeinderat solle also den gbm nicht einen Befehl erteilen, sondern im Gespräch darauf hinwirken, dass die Erschliessung der Gebäude mit Glasfaserkabel im Interesse der Bevölkerung schneller vorangetrieben werde. Glasfaser sei das Kommunikationsnetz der Zukunft und die Knotenpunkte seien seit Jahren auf dem Boden der Gemeinde Muri vorhanden. Die gbm würden schreiben: "Kabelnetze sind Glasfasernetze". Tatsache sei aber, dass nur eine kleinere Überbauung in Gümligen bereits mit Glas erschlossen worden sei. Das Tempo der gbm bei der Erschliessung der Gemeinde sei überhaupt nicht zufriedenstellend. Die gbm hätten im Glasfaserbereich (FTTB) bei Hausanschlüssen einen Rückstand. Steuergelder seien nicht der einzige Weg für die Finanzierung des Glasfasernetzes. Es gebe auch andere Wege und wirtschaftlich interessante Möglichkeiten. Niemand von uns habe früher Zugang zum Internet gehabt, aber heute habe jeder von uns mindestens eine Email-Adresse. Aus heutiger Sicht werde das Glasfasernetz bald zur Grundversorgung gehören, wie Wasser und Elektrizität.

Das Glasfasernetz werde in Bern von den ewb bis in jede Wohnung ausgebaut werden. In Muri sei dies gemäss Botschaft der gbm nur bis zu jedem Gebäude und nicht – wie in Bern – in jede Wohnung vorgesehen. Der Unterschied in den Leistungen der beiden Gemeindebetriebe für die Einwohner sei gross. Die Stadt Bern werde in 5 Jahren 90 % der Bevölkerung an das Glasfasernetz angeschlossen haben. Die gbm hätten gemäss letztem Abschnitt ihrer Botschaft die Absicht, dies innert rund 10 Jahren zu tun. Das heisse, fünf Jahre später als in Bern. Unter diesen zwei Umständen könnten die gbm nicht behaupten, dass Muri nicht im Rückstand gegenüber der Stadt Bern sei. Die Begründung der gbm, dass dadurch auf technische Weiterentwicklungen Rücksicht genommen werden könne, sei kein guter Grund, um langsam vorzugehen. Die Aussage der gbm, dass in 10 Jahren die Kunden so gut betreut und die Gebühren auf dem heutigen Niveau belassen werden könnten, sei wirtschaftlich nicht glaubwürdig. Die Grundlage und die wirtschaftlichen Überlegungen hinter der jetzigen strategischen Zielsetzung seien nicht nachvollziehbar. Scheinbar hätten die Interessen und der Nutzen für die Bevölkerung zu wenig Gewicht in der Formulierung dieser Strategie; es gebe andere Prioritäten. Deshalb bitte er den Gemeinderat, bei den gbm diese Interessen der Bevölkerung mit Nachdruck zu vertreten, damit in Muri mindestens so schnell die Vorteile des Glasfasernetzes bis in die Wohnung vorhanden seien, wie für die Bevölkerung der Stadt Bern. Muri sei viel kleiner als Bern. Es gebe keinen Grund, dass wir auf das Glasfasernetz noch 10 Jahre warten müssten. Auf die Tramlinie 6 würden wir auch nicht länger warten wollen. Er bitte den Grossen Gemeinderat, das Postulat nicht abzuschreiben.

Florian Elsinger führt aus, in der forum-Fraktion seien zur Stellungnahme des Gemeinderats zum Postulat Brügger folgende Fragen aufgekommen: Ob Alternativen geprüft worden seien, z.B. ob das Kabelnetz mit mehreren Anbietern aufgebaut und betrieben werden könnte? Oder mit Blick auf die Gemeinden Ittigen und Zollikofen, wo ein Glasfasernetz aufgebaut und inzwischen verkauft worden sei, habe sich die Fraktion gefragt, ob diese Alternative für unsere Gemeinde auch geprüft worden sei oder in Frage käme.

Christian Staub erklärt, er möchte kurz Yong Brügger antworten im Zusammenhang mit seiner Forderung, die Interessen der Bevölkerung durch den Gemeinderat gegenüber den Gemeindebetrieben zu vertreten. Dies mache der Gemeinderat sehr wohl. Die Gemeindebetriebe seien zwar ein selbständiges Unternehmen, eine ausgelagerte Institution im Rahmen der Gemeinde, es sei aber dem Gemeinderat nach wie vor ein wichtiges Anliegen, dass die dort gehegten Absichten von ihm getragen würden. Es sei in der Tat so, dass man im Moment sicher nicht mit der Stadt Bern Schritt halten könne. Dort hätten die ewb als grosse Betreiberin des Netzwerks entsprechende Möglichkeiten, welche unsere Gemeindebetriebe nicht hätten. Es werde

aber in der Botschaft von rund 10 Jahren für den Aufbau des Netzes geschrieben. Niemand in diesem Saal könne sagen, was wir in 2, in 3 und schon gar nicht in 5 Jahren für eine Technik vorfinden würden, die dann nochmals anders und nochmals besser als diejenige sei, die jetzt geplant und realisiert werde. In keinem anderen Markt sei wohl eine derart schnelle Wandlung vorhanden, wie im Telecommarkt. Er sei kürzlich im Media Markt gewesen und habe gesagt, er habe einen 2-jährigen Fernseher und möchte diesen eintauschen. Er habe dann zur Antwort erhalten: "Wie alt ist das Gerät, 2 Jahre? Dies ist ein uraltes Modell". Dies ein Beispiel, wie rasant der Markt vorangehe. Er sei Vertreter des Gemeinderats im Verwaltungsrat der gbm und werde dort auch entsprechende Inputs geben. Er möchte aber dem Rat beliebt machen, das Postulat trotzdem abzuschreiben.

Zu den Bemerkungen von Florian Elsinger bezüglich Alternativen prüfen, zusammen mit Dritten etwas realisieren: Die gbm hätten dies in einer Aussprache, in einem Workshop im Rahmen des Verwaltungsrats gemacht. Man sei nicht fündig oder einig geworden, in welche Richtung dies gemacht werden könnte. Das Thema sei nicht vom Tisch und es werde sicher nochmals darüber gesprochen. Man sei sich bewusst, wie schnell die Entwicklung voranschreite. Bezüglich Verkauf, Beispiel Ittigen oder Zollikofen: Im Gegensatz zu diesen beiden Gemeinden hätten wir ein aktuelles, ein funktionstüchtiges und ein schnelles Netz und es bestehe absolut kein Bedürfnis für einen Verkauf. Die Konsequenz daraus wäre, dass auf der einen Seite für die Gemeinde ein schöner Geldbetrag in die Kasse gespült würde, auf der andern Seite der Abonnent dann entsprechend teure Kosten aufgebrummt erhalte. Man müsse weit suchen, um einen vergleichbaren Tarif, wie er im Moment durch die gbm angeboten werden könne, zu finden. Es bestehe keine diesbezügliche Absicht und er gehe auch nicht davon aus, dass in der nächsten Zeit Überlegungen in diese Richtung angestellt würden.

Yong Brügger verzichtet auf ein Schlusswort.

#### Beschluss

1. Das Postulat Brügger (SP) betr. Glasfasernetz in der Gemeinde Muri wird überwiesen (einstimmig).
2. Der Rat spricht sich mit 24 gegen 12 Stimmen (2 Enthaltungen) für die Abschreibung des Postulats aus.

### **11 Interpellation Brügger (SP) betr. Glasfasernetz in der Gemeinde Muri**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Yong Brügger (SP) verzichtet auf ein Votum.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

### **12 Information des Gemeinderats**

Es erfolgen keine Informationen durch den Gemeinderat.

## 13 **Neue parlamentarische Vorstösse**

### **Dringliche Motion Manz (SP) betreffend Sanierungsbedarf der Gemeindeliegenschaften im Hinblick auf Budget und Finanzplan**

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat zu Handen der Debatte zum Voranschlag 2012 aufzuzeigen, welche baulichen und energetischen Sanierungen für die Gemeindeliegenschaften in den nächsten 5 bis 10 Jahren vorzunehmen sind, welcher Mittelbedarf sich aus diesen Investitionen ergibt und wie dieser im Finanzplan bzw. Steuerfuss abgebildet werden soll.

#### **Begründung**

Die Verwaltung verfügt über eine Strategische Gebäudeunterhaltsplanung für die 48 Liegenschaften der Gemeinde, die der Antwort des Gemeinderats vom 28. September 2009 auf eine Interpellation der SVP Fraktion entnommen werden kann. Diese Unterhaltsplanung wollte der Gemeinderat innerhalb 1 bis 2 Jahren mit der Energiebuchhaltung ergänzen und dabei den Investitionsbedarf erheben. Die Resultate dieser Arbeiten dürften also vorliegen.

Im Hinblick auf eine fundierte finanzpolitische Diskussion, an deren Ende der Grosse Gemeinderat zu Handen der Stimmberechtigten strategische Entscheide fällen muss (Budget, Finanzplan, Steuerfuss), ist es wichtig, dass die Informationen zur Verfügung gestellt werden, welche Sanierungen bereits umgesetzt sind und welcher Mittelbedarf im Liegenschaftsbereich mittelfristig vorhanden ist.

Muri, 18. August 2011

Matthias Manz

### **Motion Wegmüller (SP): Volkswahl des Gemeindepräsidiums**

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Änderungen der Gemeindeordnung und des Reglements über die politischen Rechte zu veranlassen, dass die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident in jedem Fall von den Stimmberechtigten gewählt wird. Damit entfallen stille Wahlen.

#### **Begründung**

In der Gemeindeordnung und im Reglement über die politischen Rechte ist vorgesehen, dass die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident in stiller Wahl im Amte bestätigt werden kann.

Stille Wahlen sind aus demokratie-politischen Gründen für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht motivierend. Anlässlich der Gesamterneuerungswahlen für den Gemeinderat und den Grossen Gemeinderat kann in jedem Fall auch die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident gewählt werden, auch wenn die bisherige Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident alleine zur Wahl steht. Durch eine von den Stimmberechtigten bestätigte Wahl wird die Akzeptanz der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten wesentlich erhöht.

Der organisatorische und finanzielle Aufwand ist sehr gering, weil anlässlich der Gesamterneuerungswahlen für den Gemeinderat und den Grossen Gemeinderat noch zusätzlich die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident gewählt wird (1 Stimmzettel zusätzlich).

Gümligen, 23. August 2011

Beat Wegmüller

R. Wakil, V. Näf, M. Graham, M. Manz, S. Fankhauser, Y. Brügger, B. Schneider, F. Ruta, F. Elsinger, U. Wenger, B. Marti (12)

**Postulat Raaflaub (FDP/jf) betreffend Einführung eines einheitlichen Kurzstreckentarifs für den ÖV auf dem gesamten Gemeindegebiet Muri-Gümligen**

Der Gemeinderat wird eingeladen zu prüfen, unter welchen Bedingungen der ÖV im gesamten Gemeindegebiet Muri-Gümligen zum Kurzstreckentarif benützt werden kann.

**Begründung**

In einer Vorortsgemeinde mit 12'000 Einwohnern sollte es möglich sein, dass jeder Bürger und jede Bürgerin von allen Haltestellen des öffentlichen Verkehrs aus das Gemeindeverwaltungsgebäude (Gemeindehaus) durch Bezahlung eines Einheits-tarifs (Kurzstrecke) erreichen kann. Dasselbe sollte auch für alle Schülerinnen und Schüler möglich sein, welche von verschiedenen Wohnorten aus Schulhäuser erreichen müssen. Das Benützen des ÖV innerhalb der Gemeinde würde mit der Einführung eines einheitlichen Kurzstreckentarifs für alle attraktiver.

Gümligen, 23. August 2011

Ruth Raaflaub

J. Stettler, B. Schmitter, A. Damke, J. Gossweiler, E. Mallepell, S. Lack, U. Siegenthaler, V. Näf, M. Häusermann, F. Elsinger, B. Wegmüller, M. Manz, Y. Brügger, F. Ruta, R. Wakil, M. Graham, A. Corti, M. Kästli, P. Kneubühler, M. Humm, U. Wenger, F. Schwander, M. Kämpf, S. Fankhauser (25)

**Postulat FDP-Fraktion für ein Konzept zur Gewinnung von Energie aus Grün- und Lebensmittelabfällen**

Der Gemeinderat wird eingeladen, die zukünftige Sammlung und Verwertung von in der Gemeinde anfallenden Grün- und Lebensmittelabfällen zur Gewinnung von Energie zu prüfen und ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten.

**Begründung**

Die Gemeinde Muri hat seit Jahren ein sehr gut funktionierendes System für die Grüngutabfuhr. In den letzten Jahren haben sich aber die Möglichkeiten und Technologien zur Verwertung von organischen Abfällen und vor allem zur Gewinnung von Bioenergie aus diesen Abfällen weiterentwickelt. Es gilt zu prüfen, ob der bestehende Umgang der Gemeinde Muri mit dem organischen Abfall weiterhin als vorbildlich angesehen werden kann oder ob Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Zusätzlich fallen nach dem Inkrafttreten des Verbots, Speisereste an Schweine zu verfüttern, grosse Mengen von energiereichen organischen Abfällen aus Gastgewerbebetrieben und aus der Lebensmittelindustrie an, welche einer möglichst sinnvollen Verwertung zugeführt werden sollten.

Die Firma KEWU AG in Krauchthal, an welche die Gemeinde zur Zeit die Grünabfälle liefert, hat diese Fragestellung auch erkannt und beschlossen, zusammen mit der Stadt Bern und den Gemeinden Köniz und Grosshöchstetten eine Vergärungsanlage für die Produktion von Biogas zu erstellen. Auch wenn der geplante Standort wegen der offenbar fehlenden Anbindung an ein regionales Gasnetz vielleicht noch optimiert werden sollte, ist dies doch ein Schritt in die richtige Richtung.

Im Rahmen einer Variantenstudie (Beibehaltung der bisherigen Kompostierung, landwirtschaftliche Biogasanlage oder regionale Biogasanlage) ist zu prüfen, wie in

Zukunft die organischen Abfälle (Grün- und Lebensmittelabfälle von Privaten und der Industrie) in Muri gesammelt und energietechnisch sinnvoll verwertet werden können.

Gleichzeitig soll geprüft werden, ob sich die Gemeinde Muri als Aktionärin der KEWU an dieser Anlage beteiligen soll und kann.

Muri bei Bern, 23. August 2011

Beat Schmitter, Adrian Kauth,  
Peter Kneubühler

B. Schneider, F. Ruta, U. Wenger, V. Näf, S. Lack, Ch. Grubwinkler, M. Graham, M. Bärtschi, J. Stettler, E. Mallepell, A. Lüthi, U. Grütter, M. Huber, M. Manz, D. Bärtschi, J. Gossweiler, A. Damke, A. Bärtschi, Y. Brügger, M. Kämpf, U. Siegenthaler, M. Kästli, R. Raaflaub, F. Elsinger, M. Häusermann, S. Fankhauser, B. Wegmüller, R. Wakil, M. Humm, F. Schwander (33)

### **Interpellation Wegmüller (SP) zur Planung der International School of Berne AG**

Die Gemeinde Muri hat die Umzonung im Gebiet Siloah und beim Bahnhof Gümligen im Rahmen der Ortsplanungsrevision in 4 Schritten zugunsten der ISB mit erster Priorität behandelt. An der Volksabstimmung vom 13. Juni 2010 hat das Stimmvolk positiv zu dieser Umzonung Stellung genommen. Gemäss Presseberichten hat die ISB nun eine neue Trägerorganisation und der Standort Gümligen wird in Frage gestellt.

Der Gemeinderat wird ersucht, zu den Planungsabsichten der ISB folgende Fragen zu beantworten:

- Wird die ISB im Gebiet Siloah, wie im Situationsplan 1:200 und in der Botschaft zur Volksabstimmung vom 13. Juni 2010 beschrieben, realisiert?
- Wird die 3-fach Turnhalle, welche auch für die Sportvereine zur Verfügung stehen soll, erstellt?
- Ist die Vereinbarung, welche die 3-fach Turnhalle während 20 Jahren pro Woche 10 Stunden der Gemeinde zur Verfügung steht, von der neunten Trägerschaft resp. Rechtsnachfolger unterzeichnet worden?
- Welcher Zeitplan besteht hinsichtlich wichtiger Entscheidungen und der Realisierung der Bauten, besonders auch in Bezug zur 3-fach Turnhalle.
- Wie ist der Stand der Arbeiten zur Realisierung des Wärmeverbunds HACO-SILOAH?

Gümligen, 23. August 2011

Beat Wegmüller

### **Interpellation Manz (SP) betreffend Umsetzung des Bundesgerichtsurteils bzw. Rechtsverzögerung im Fall Kamata**

Mit Urteil der I. öffentlich-rechtlichen Abteilung des Bundesgerichts vom 8. Juni 2010 wurde höchstrichterlich festgestellt, dass die Firmen Qualipet AG und Jysk GmbH im Kamata-Gebäude eine zonenwidrige Nutzung betreiben. Damit ging ein langer Rechtsstreit zu Ende – vermeintlich zu Ende. 14 Monate später stellt man fest, dass die Gemeinde zwar im Februar 2011 die beiden Firmen aufgefordert hat, Ausnahmegesuche einzureichen, diese aber während Monaten nicht öffentlich auflegt. Damit bleibt der unrechtmässige Zustand auf Zusehen hin aufrechterhalten. Der Entscheid des höchsten schweizerischen Gerichts wird nicht zeitgerecht umgesetzt. Das Ziel der unterlegenen Prozessparteien ist klar und wird durch das Verhalten der Bau-

kommission unterstützt: Der unrechtmässige Zustand soll so lange wie möglich fort-dauern.

Gegenwärtig sind – Bundesgericht hin oder her – zwei neue Verfahren hängig: Die Beschwerden der vor Bundesgericht unterlegenen Besitzer, Betreiber und Nutzer der Kamata-Liegenschaft gegen die Wiederherstellungsverfügung der Baukommission Muri, und die erwähnten Ausnahme-Baubewilligungsgesuche der gleichen Unternehmen.

Als Bürger und Bürgerin dieses Lands beginnt man, an unserem Rechtsstaat zu zweifeln. Man beginnt zu vermuten, dass Geld vor Recht geht. Auch in Muri.

Der Gemeinderat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass es für die Durchsetzung des Rechts in höchstem Masse schädlich ist, wenn mehr als ein Jahr nach einem höchst-richterlichen Urteil dasselbe weit entfernt von einer Umsetzung ist?
2. Was ist der Grund, dass die Bauverwaltung die Gesuche um Ausnahme-Baubewilligungen noch nicht publiziert hat?
3. Gegenwärtig wird der Beschwerdeentscheid der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) des Kantons Bern erwartet. Ist die Baukommission so weit vorbe-reitet, dass sie wenigstens unmittelbar nach dem Entscheid der BVE das Bau-bewilligungsverfahren betreffend die Ausnahmegesuche der an der rechts-widrigen Nutzung der Kamata-Liegenschaft interessierten Unternehmen umge-hend einleiten kann, um weitere monatelange Verzögerungen zu vermeiden?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat die Rechtslage: Kann nach einem Bundes-gerichtsurteil gegen dessen Umsetzung wie im Babuschka-Spiel der ganze Prozessweg wiederum durch alle Instanzen beschriftet werden, und nach einem neuerlichen Bundesgerichtsurteil – sagen wir im Jahre 2013 – gegen dessen Umsetzung wieder das gleiche ‚Spiel‘ von vorne beginnen?
5. Falls ja: Was unternimmt der Gemeinderat, um die Verfahrenszeit möglichst gering zu halten?

Da sich der Gemeinderat möglicherweise nicht in der Lage sieht, die Fragen 2 und 3 selbst zu beantworten, wird er gebeten, die Baukommission zu einer Stellungnahme einzuladen (vgl. als Analogie die Antworten der gbm auf parlamentarische Fragen in deren Zuständigkeitsbereich).

Muri, 22. August 2011

Matthias Manz

#### **Interpellation Kneubühler (FDP): "Parkierungsdruck" auf Quartiere wegen Neubauten**

Im Moment sind im Perimeter der Quartiere Dorf, Füllerich und vor allem Melchenbühl sowohl der neue Berner Hauptsitz der Credit Suisse als auch die Gebäude der Marazzi im Entstehen bzw. in Sanierung begriffen. Diese neuen und sanierten Bauten werden in absehbarer Zeit fertig gestellt sein und dem Betrieb übergeben. Es ist anzunehmen, dass den Neubauten die maximal berechnete Anzahl Parkplätze, die zu den dort angesiedelten bzw. entstehenden Arbeitsplätzen allerdings in einem relativ ungünstigen Verhältnis steht, zugestanden wurde. Aufgrund dieser verglichen mit den Arbeitsplätzen eher niedrigen Parkplatzzahl ist heute davon auszugehen, dass durch jene Angestellten, die über keinen Parkplatz verfügen, ein "Parkierungsdruck" auf die umliegenden Quartiere entsteht. In diesem Zusammenhang stelle ich dem Gemeinderat die folgenden Fragen:

1. Wie viele Arbeits- und Parkplätze sind im neuen Credit-Suisse-Gebäude vorgesehen? Wie viele sind es im Marazzi-Neubau sowie im bestehenden sanierten Marazzi-Gebäude zusammen?

2. Wurde bei den erwähnten Neubauten die höchstzulässige Anzahl Parkplätze tatsächlich ausgeschöpft? Wie hoch ist bzw. wäre diese Zahl und wie wird sie rechtlich begründet?
3. Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass ein "Parkierungsdruck" auf die umliegenden Quartiere entstehen könnte? Falls ja, hat er Massnahmen vorgesehen, um dem "Parkierungsdruck" wirkungsvoll entgegenzutreten und "zugeparkte" Quartierstrassen zu vermeiden zu können?
4. Ist dem Gemeinderat bekannt, wie die in den Neubauten untergebrachten Unternehmen bzw. deren Angestellte eine allfällige Parkplatzmangel-Problematik zu lösen gedenken? Werden z.B. Parkplätze in der Gemeinde hinzugemietet?
5. Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass es vor allem mit Blick auf die Zukunft aus verkehrlichen und praktischen Erwägungen sinnvoll und vernünftig wäre, wenn bei Firmen-Neubauten, wie z.B. jener der Credit Suisse oder von Marazzi, Parkplätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung gestellt würden, obwohl dies heute aus offenbar rechtlichen Gründen nicht möglich ist? Falls ja, was könnte aus seiner Sicht diesbezüglich unternommen werden?

Gümligen, 23. August 2011

Peter Kneubühler

### **13 A Dringliche Motion Manz (SP) betreffend Sanierungsbedarf der Gemeindegemeinschaften im Hinblick auf Budget und Finanzplan**

Der Vorsitzende erklärt, das Vorgehen im Zusammenhang mit der dringlichen Motion sei wie folgt: Gemäss Art. 30 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats könnten Motionen und Postulate nach Anhörung des Gemeinderats dringlich erklärt und sofort behandelt werden. Er gebe dazu dem Gemeindepräsidenten das Wort. Der Grosse Gemeinderat werde anschliessend ebenfalls zur Dringlichkeit Stellung nehmen.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, der Gemeinderat sei nach Prüfung des Textes der dringlichen Motion zur Auffassung gelangt, dass aus seiner Sicht die Dringlichkeit zu bejahen sei. Er sei auch damit einverstanden, wenn das Parlament anschliessend die Motion als dringlich überweise. Der Grund sei offensichtlich: In der Motion würden Zusatzinformationen verlangt für die Oktober-Sitzung, anlässlich welcher der Rat Finanzplan, Voranschlag und Investitionsplan behandeln werde. Wenn dem GGR diese Informationen im Oktober vorliegen sollten – wofür der Gemeinderat grundsätzlich Verständnis habe –, so gehe dies nur über den Weg eines dringlichen Vorstosses. Er müsse hier festhalten, dass nicht ganz alle von Matthias Manz gewünschten Auskünfte geliefert werden könnten. Der Gemeinderat sei aber gerne bereit, die Informationen, welche abgegeben werden könnten, in die Botschaft einfließen zu lassen. Er sei daher damit einverstanden, dass der Vorstoss als dringlich erklärt und überwiesen werde.

Matthias Manz (SP) bedankt sich beim Gemeinderat dafür, dass er bereit sei, das Anliegen entgegen zu nehmen. Es sei an und für sich eine einfache Sache und sie sei eigentlich auch nicht auf seinem Mist gewachsen. Der Vorstoss schliesse an eine Interpellation der SVP-Fraktion an, wo der Gemeinderat in seiner Antwort aufgezeigt habe, dass er einerseits eine Gebäude-Unterhalts- und Sanierungsplanung habe und andererseits die energetischen Sanierungen verbessern wolle. Auf die Frage aus dem Rat, was dies langfristig koste, habe der Gemeinderat erklärt, er werde die Daten in ein bis zwei Jahren quasi zusammenführen. Jetzt gehe es darum, diese



zusammengeführten Daten bei der Diskussion in der Oktober-Sitzung zur Verfügung zu haben. Er wolle keine umfangreichen Bücher o.ä., sondern einen Überblick über das bis jetzt Erarbeitete und er bedanke sich bei den Ratsmitgliedern, wenn sie mit-helfen würden, diese Informationen zu beschaffen.

#### Beschluss

Die Motion Manz (SP) betr. Sanierungsbedarf der Gemeindelienschaften im Hinblick auf Budget und Finanzplan wird dringlich erklärt (36 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen).

Der Vorsitzende erklärt, nachdem der Dringlichkeit zugestimmt worden sei, werde die Motion nun nach üblichem Prozess behandelt.

Sowohl Hans-Rudolf Saxer als auch Matthias Manz verzichten auf ein Votum.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

#### Beschluss

Die Motion Manz (SP) betr. Sanierungsbedarf der Gemeindelienschaften im Hin-blick auf Budget und Finanzplan wird überwiesen (36 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen).

#### **Mitteilungen**

Der Vorsitzende informiert, das Parlament treffe sich zur nächsten ordentlichen Sitzung am 25. Oktober 2011.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

\*\*\*\*\*

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Hannes Treier

Anni Koch